

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 20.02.2017

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsherr Lothar Hellwig

Ratsfrau Karin Hertes

Ratsfrau Sandra Manß

Vertreterin für Ratsherrn Eggermann

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin

Verena Szermerski-Kasperek

Ratsherr Jens Voß

Ratsherr Sebastian Wagemeyer

Vertreter für Ratsfrau Ullrich

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsfrau Ursula Meyer

Ratsfrau Britta Rogalske

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Vertreterin für Ratsherrn Fröhling

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt

Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler

Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Herr Matthias Reuver
Frau Petra Noack
Herr Jürgen Heimer
Herr Michael Heinrich
Frau Christina Padovano

Herr Hartmut Fellenberg

bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung
bis zum Ende der öffentlichen
Sitzung

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Jan Eggermann
Ratsfrau Ramona Ullrich

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Beginn: 17:03 Uhr
Ende: 17:39 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Verkauf von Erbbaugrundstücken an den jeweiligen Erbbauberechtigten hier: mittelfristige Aussetzung der Ratsbeschlüsse Vorlage: 264/2016

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Der in der Begründung dargestellten Vorgehensweise zur vorübergehenden Aussetzung der Beschlüsse wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**3. Beitritt des Lüdenscheider Geschichtsmuseums zum Netzwerk "Preußen in Westfalen" und Abschluss einer Kooperationsvereinbarung
Vorlage: 012/2017**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Mitarbeit des Lüdenscheider Geschichtsmuseums in dem *Netzwerk Preußen in Westfalen* und dem dafür notwendigen Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit dem LWL wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

**4. Bewilligung von außerplanmäßigen Mitteln HJ 2017; Zuschuss Phänomenta hier: Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 GO NRW
Vorlage: 033/2017**

Bürgermeister Dzewas führt aus, dass die Phänomenta ein wesentlicher Bestandteil der Denkfabrik sei. Anschließend geht er auf einige Punkte ein, die mitverantwortlich für die Schwierigkeiten der Phänomenta seien.

Ratsherr Breucker sieht unter anderem die Chance, durch entsprechende Marketingmaßnahmen die Besucherzahlen der Phänomenta zu erhöhen. Über die Entwicklung der Phänomenta sollte spätestens im September oder Oktober 2017 berichtet werden.

Ratsfrau Meyer spricht sich dafür aus, dass die Phänomenta durch die Stadt Lüdenscheid unterstützt werden solle. Sie lege aber als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Wert darauf, dass die Örtliche Rechnungsprüfung die Bereitstellung der Mittel streng überwache, damit die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel jederzeit nachvollziehbar sei.

Ratsherr Oettinghaus hält es für erfreulich, dass Herr Westermann zukünftig an der Weiterentwicklung des Marketingkonzeptes der Phänomenta mitwirke. Er halte es für wichtig, dass die Werbung für die Phänomenta auch wieder in die Schulklassen im Ruhrgebiet hineingetragen würde.

Ratsherr Holzrichter führt ergänzend zu den Ausführungen von Ratsfrau Meyer aus, dass nicht nur die Örtliche Rechnungsprüfung, sondern auch die Servicestelle Finanz-, Förder- und Vergabemanagement die Bereitstellung der Mittel verfolgen solle. Des Weiteren würde er sich freuen, wenn die Stadt Lüdenscheid als Mittelgeber Einfluss auf die anstehenden Entscheidungen, wie zum Beispiel der Neuausrichtung des Marketingkonzeptes, bei der der Phänomenta nehmen könne.

Die Fraktion Die Linke. werde laut Ratsherrn Thomas-Lienkämper die Mittelbereitstellung ebenfalls mittragen. Der Politik sollte aber möglichst quartalsweise ein Bericht über die Entwicklung der Phänomenta vorgelegt werden.

Anschließend fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

Gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen ergeht folgende Dringlichkeitsentscheidung:

Der außerplanmäßigen Bewilligung in Höhe von 325.000 € bei Produktsachkonto 010 020 070 – 5318040 „Zuschuss Phänomenta“ wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwendungen bei Produktsachkonto 050 010 050 – 5339000 „UVG-Leistungen“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 20

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

5.1.1. Refinanzierbarkeit von Stellen im Rettungsdienst

Beigeordneter Ruschin erläutert dem der Niederschrift als Anlage beigefügten Zwischenbericht zu dem im Hauptausschuss am 28.11.2016 gestellten Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Refinanzierbarkeit von Stellen im Rettungsdienst.

5.1.2. Neuaufnahme von Flüchtlingen

Beigeordneter Ruschin gibt bekannt, dass die Bezirksregierung Arnsberg mitgeteilt habe, dass die Stadt Lüdenscheid eine erhebliche Anzahl von Flüchtlingen zugewiesen bekäme. Gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz läge die Aufnahmequote von Lüdenscheid nach Abzug der Notunterkunft Albert-Schweitzer-Schule zurzeit gerade einmal bei 50,25 %. Umgerechnet entspräche dies einer Aufnahmeverpflichtung von 439 Personen. Zugewiesen würden zwischen 280 und 300 Personen, die in den kommenden zwanzig Wochen aufzunehmen seien. Eine konkrete Zahlenbasis läge erst ab der 9. Kalenderwoche vor. Die Stadt Lüdenscheid habe um die Zuweisung von Familien gebeten. Hierzu habe die Bezirksregierung keine Zusage machen können. Insgesamt stünden für die Unterbringung in den vorhandenen Räumlichkeiten 375 Plätze zur Verfügung. Hiervon ausgenommen sei die Containeranlage an der Schule Schöneck. Diese solle zum Jahresende gekündigt werden.

5.1.3. MVG

Bürgermeister Dzewas gibt bekannt, dass bei der Bezirksregierung kein eigenwirtschaftlicher Antrag für den Bereich des Märkischen Kreises eingegangen sei.

Der Kreistag könne daher abschließend im Jahr 2017 einer Direktvergabe an die MVG ab dem 01.06.2018 zustimmen.

5.1.4. Verlauf der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 15.02.2017

Bürgermeister Dzewas nimmt wie folgt Stellung zu den Vorfällen in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 15.02.2017:

„In der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am vergangenen Mittwoch hat Ratsmitglied und stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß in seinen Wortbeiträgen den Stadtkämmerer und Ersten Beigeordneten Dr. Blasweiler massiv attackiert. Obwohl ich bereits in der Sitzung eine erste Stellungnahme dazu abgegeben hatte, möchte ich hier als Bürgermeister noch einmal folgendes klarstellen:

1. Herr Weiß hat Herrn Dr. Blasweiler vorgeworfen, dass er zwar seit 2012 von den beklagten Missständen gewusst, aber erst „jetzt“ reagiert hätte. Diese Aussage ist falsch. Herr Dr. Blasweiler hat sich in vielen verwaltungsinternen Gesprächen und Erörterungen mit großem Engagement stets um eine qualifizierte Lösung der inzwischen uns allen bekannten Problemen bemüht; dies betrifft auch die Suche nach Übergangslösungen als auch hinsichtlich eines Neubaus der Feuer- und Rettungswache.
2. Die Mitwirkung von Herrn Dr. Blasweiler in der 2012 gegründeten Arbeitsgruppe Feuerwehr geht auf einen ausdrücklichen Wunsch des Bürgermeisters und des Personalrates zurück. Eine Zuständigkeit von Herrn Dr. Blasweiler bestand aufgrund der verwaltungsinternen Regelungen und Dienstanweisungen weder für die Erstellung einer Gefährdungsbeurteilung noch für die Veranlassung eines Neubaus. Aus diesem Grund sind ihm keinerlei Versäumnisse vorzuwerfen; im Gegenteil ist ihm für seine Bereitschaft zum zusätzlichen Engagement in der Sache zu danken.
3. Als unverschämte habe ich aber den Vorwurf empfunden, Herr Dr. Blasweiler verstecke sich hinter seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. der Projektgruppe. Genau das Gegenteil ist der Fall: Herr Dr. Blasweiler hat sich in vorbildhafter Art und Weise vor alle übrigen Beteiligten gestellt. Ich darf daran erinnern, dass er sich trotz erheblicher Vorwürfe geweigert hatte, über Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten im Einzelnen zu sprechen, was er zur eigenen Entlastung durchaus hätte tun können. Dies hat er noch nicht einmal in der ihn offenkundig sehr belastenden Situation am vergangenen Mittwoch getan.
4. Im Übrigen gilt auch für diesen gesamten Vorgang die Gesamtverantwortung des Bürgermeisters für die Verwaltung, also auch für die kritisierten Mängel und Verzögerungen.

Trotz Dienstunfähigkeit hat Herr Dr. Blasweiler in den letzten Wochen immer wieder im Rahmen seiner gesundheitlichen Möglichkeiten an vielen Stellen mit angepackt. An der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses hatte er auf ausdrücklichen Wunsch anderer, die an den aktuellen Diskussions- und Planungsprozess beteiligt waren, teilgenommen; auch ich hatte mich über seine Bereitschaft zur Sitzungsteilnahme sehr gefreut. Umso erschreckender ist das, was dort geschehen ist.

Herr Weiß, wenn Sie Charakter haben, nehmen Sie die ungerechtfertigten Vorwürfe zurück und entschuldigen sich bei unserem Ersten Beigeordneten und Kämmerer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe darüber hinaus nicht nur die Hoffnung, sondern die klare Erwartung an uns alle, dass sich solche Vorgänge in der Zukunft nicht wiederholen. Lassen Sie uns gerne engagiert und, wenn nötig, hart in der Sache diskutieren. Dabei sollte aber jede Äußerung von Respekt füreinander geprägt sein.

Die in Lüdenscheid entstandene vorbildliche Respektkampagne für unsere Einsatz- und Hilfskräfte sollte doch wohl auch für uns gelten, bei aller notwendigen und gelegentlich auch scharfen inhaltlichen Sachauseinandersetzung.

Die Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürger haben uns doch gewählt, damit wir die anstehenden Herausforderungen und Probleme sachorientiert angehen und in Fairness miteinander um die besten Lösungen für unsere Stadt ringen.

Nicht Skandalisierung, Unterstellungen oder gar persönliche Angriffe, sondern mit möglichst breiten Mehrheiten getragene Entscheidungen, auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit von Rat und Verwaltung können Vertrauen in Politik für unsere Stadt stärken. Dafür lohnt sich unser Einsatz und ich meine, darum sollten wir uns alle bemühen. Ich jedenfalls bin dazu jederzeit bereit.

5.2. Beantwortung von Anfragen

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

5.3. Anfragen

5.3.1. Refinanzierbarkeit von Stellen im Rettungsdienst

Ratsherr Holzrichter bezieht sich auf die Bekanntgabe „Refinanzierbarkeit von Stellen im Rettungsdienst“ durch den Beigeordneten Ruschin.

Der Fachdienst Feuer- und Rettungswache würde in seiner Stellungnahme darlegen, dass die Schaffung einer Stelle „Leitung Rettungsdienst“ sinnvoll wäre.

Spätestens zu den Stellenplanberatungen für das Jahr 2018 oder wenn sichergestellt sei, dass im Rahmen der Neubaumaßnahme „Feuer- und Rettungswache“ die Feuerwehr Lüdenscheid dauerhaft Träger des Rettungsdienstes in Lüdenscheid bliebe, müsse dieses Thema wieder aufgegriffen werden.

Beigeordneter Ruschin antwortet, dass im Rahmen der neuen Arbeitsgruppe und des gesamten Prozesses Grundsatzentscheidungen zu diesem Punkt möglichst bereits vor Ende des Jahres getroffen würden.

5.3.2. Parkpalette Corneliusstraße

Ratsherr Bodenheimer teilt mit, dass seit dem 01.01.2017 nur noch das Parken mit Bewohnerparkausweis auf der unteren Ebene der Parkpalette Corneliusstraße erlaubt sei. Es habe sich aber gezeigt, dass in der unteren Ebene unberechtigter Weise Fahrzeuge stünden, deren Halter ein reguläres Parkticket gezogen und ausgelegt hätten. Die Anwohner mit Bewohnerparkausweis fänden daher vor allem auch in den Abendstunden keinen Parkplatz mehr auf der unteren Ebene.

Er frage daher an, ob die Stadt Lüdenscheid in der Einfahrt zur unteren Ebene ein gut sichtbares Schild anbringen könnte, das diese Ebene ausschließlich für Anwohner mit Bewohnerparkausweisen reserviert sei. Ebenfalls wäre es hilfreich, wenn der Parkscheinautomat in der unteren Ebene entfernt würde.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung zu.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schritfführerin